



## **Gerster geht - Arbeitsmarktprobleme in Deutschland bleiben**

**Standpunkte des Vorsitzenden des  
Arbeitslosenverbandes Deutschland e.V. – 25.01.2004**

---

Der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit (BA) hat seinem Vorstandsvorsitzenden Florian Gerster das Vertrauen entzogen.

Engelen-Kefer las einen Beschluss des Verwaltungsrates vor, wonach dieser "eine Störung des Vertrauensverhältnisses" feststellt. Der Umbauprozess der Bundesagentur ist nach Einschätzung des Verwaltungsrates durch "eigenes Handeln" des Vorstandsvorsitzenden Gerster gestört worden. Gerster als Person schade dem Reformprozess inzwischen mehr als dass er nutze, sagte Engelen-Kefers Stellvertreter Peter Clever.

Kein Wort in der Erklärung des Verwaltungsrates zu nicht ausgeschriebenen und zu teuren Beratungsverträgen, nachträglich korrigierten Akten, Millionenausgaben für BMW Dienstwagen und prunkvoll ausgebauten Dienst- und Beratungsräumen aus Steuer- und Beitragsgeldern von Arbeitnehmern und Arbeitslosen.

Ein Zusammenhang zu möglichen Ergebnisse von Innenrevision und Überprüfungen wird gar nicht erst hergestellt. Wer weis, wer da gleich auch noch seinen Hut nehmen müsste. Die Bundesregierung hat wieder mal ein Baueropfer gefunden.

Gersters Entlassung ist nicht die Entlassung des Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit – es ist die Quittung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik dieser Bundesregierung.

Er war nur Erfolgsgehilfe. Er durfte nur die Drecksarbeit machen. Er bemühte sich nur durchzusetzen, was die Bundesregierung und die meisten Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch unter AGENDA 2010 verstehen.

Eigentlich nicht er lässt Arbeitslose aus der Statistik verschwinden oder streicht ihre Leistungsbezüge ganz oder teilweise.

Nicht er hat wirklich zu verantworten, dass in Vorbereitung der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und in Anwendung der Arbeitslosenhilfeverordnung schätzungsweise über 200.000 keine Leistungen mehr beziehen und noch viel mehr weniger also vorher.

Nicht wirklich er hat Verantwortung dafür, dass seit 1997 über 400.000 Arbeitslose im Alter von 55 Jahren und älter aus der Statistik verschwunden sind und dass die Zahl Arbeitslosenhilfeempfänger/innen im Jahresdurchschnitt seit 1997 um über 670.000 gestiegen ist und sich seit 1996 verdoppelt hat.

Nicht er als Person hat dafür gesorgt, dass im Jahr 2003 gegenüber dem Vorjahr 32.000 (im Osten 22.000) weniger Beschäftigte in geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gekommen sind und sogar 168.500 weniger (im Osten 127.500) gegenüber 1997.

Nicht er kann dafür belangt werden, dass geförderte Teilnehmer/innen in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung in 2003 um 80.000 (43.500 im Osten) gegenüber 2002 und gegenüber 1998 um über 100.000 (61.000 im Osten) gesunken sind.

Nicht ihm kann man anlasten, dass die Wertschöpfung und der soziale Mehrwert eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nicht erkannt wird und dieser vor allem in den neuen Bundesländern unverzichtbarer ist denn je.

Nicht ihm kann unterstellt werden, dass das Mainzer Modell, die Bildungs- und Vermittlungsgutscheine und die hochgelobte Vermittlungsoffensive einer neuen Dienstleistungsagentur zerplatzen, wie Seifenblasen.

Nein, er saß nur personifiziert und parteipolitisch gebunden an einem überdurchschnittlich dotierten Posten, der nur so gut und so schlecht sein kann, wie die Bundesregierung und die Politik Gesetze und Rahmenbedingungen setzen.

Gescheitert sei er nun – so der Beschluss des Verwaltungsrates – am eigenen Verhalten und am Schwund des fehlenden Vertrauens des Verwaltungsrates zum Vorstandsvorsitzenden.

Also, doch ein Baueropfer, dass auch mit seiner Entlassung jetzt noch treu und brav parteilich oder parteiabhängig erträgt, was andere zu verantworten haben.

Nein, nicht Gerster allein ist das Problem. Die Bundesregierung und auch der Vorstand der BA insgesamt wie auch der Verwaltungsrat der BA unter dessen Regie die Hartz- Gesetze umgesetzt werden sollen müssen sich die entscheidenden Fragen stellen und nicht bei Gersters Entlassung stehen bleiben.

Deshalb ist es auch allein mit einem Rausschmiss von Florian Gerster nicht getan.

Die Grundrichtung der Arbeitsmarktreformen muss geändert werden hin zu einer Orientierung auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und weg von der Bestrafung und Diskriminierung der Arbeitslosen.

Das wollen aber weder Clement noch Gerster noch die übergroße Koalition in Bundesrat und Bundestag. Insofern liefert der Beschluss des Verwaltungsrates vom 24. Januar 2004 noch eine - die entscheidende Botschaft.

Der Prozess der Bekämpfung von Arbeitslosen, die Verschärfung von Forderungen, das Drängen aus dem Leistungsbezug, das Absenken von Leistungsansprüchen, das Bereinigen von Statistiken, das Drängen in Niedriglohnjobs, die Verschärfte Anwendung der Zumutbarkeitskriterien und die politisch legitimierte Zunahme von Armut und sozialer Schieflage darf durch (sie wörtlich im Beschluss des Verwaltungsrates) „...eigenes Verhalten und fehlendes Vertrauen des Herrn Gerster nicht gefährdet werden...“

Also musste er weg, dass der Sozialabbau und der Sozialkahltschlag in Deutschland nicht gefährdet sind.

Der eigentliche Rausschmiss, der notwendig gewesen wäre, muss sich bei den kommenden Landtagswahlen, den Europawahlen und spätestens bei der nächsten Bundestagswahl vollziehen.

Wir dürfen nicht so lange warten. Ich bin überzeugt, dass nach dem Europäischen Sozialforum in Paris immer mehr Menschen auch in Deutschland aktiv werden und auf die Strasse gehen. Die beste Gelegenheit dazu wird sein, der

### **03. April 2004 in Berlin - ein neuer zentraler und europaweiter Aktions- und Protesttag gegen Sozialkahltschlag in Deutschland**

weitere Infos unter:

[www.offensive.willensbekundung.net](http://www.offensive.willensbekundung.net)

[www.attac.de/genug-fuer-alle/Attac-Aufruf-Aktionstag.rtf](http://www.attac.de/genug-fuer-alle/Attac-Aufruf-Aktionstag.rtf)

[www.demo-gegen-sozialkahltschlag.de](http://www.demo-gegen-sozialkahltschlag.de)